

Bankenabgabe: ein Beitrag der Rekordgewinner zur Budgetsanierung

*Tamara Premrov, Matthias Schnetzer, Thomas Zotter**

ZUSAMMENFASSUNG

Der österreichische Bankensektor verzeichnet infolge der EZB-Zinswende seit Jahren Rekordgewinne, die zum Teil aus Arbitragegeschäften resultieren. Während die europäischen Banken generell von steigenden Zinserträgen profitierten, erzielten österreichische Banken durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten besonders hohe Nettozinserträge. Die Profite wurden vor allem durch gut verzinsten, risikolose Einlagen bei der EZB sowie unterschiedliche Anpassungen der Zinssätze für Spareinlagen und Kredite erzielt. Angesichts der Rekordgewinne und des bestehenden wirtschaftlichen und budgetären Drucks will die österreichische Regierung die Bankenabgabe erhöhen. 12 von 27 EU-Staaten haben zuletzt neue Übergewinnsteuern für Banken eingeführt oder bestehende Steuern erhöht. Österreich rechnet für 2025 und 2026 mit Steuereinnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr durch die neue Abgabe.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Bankenabgabe, EZB, Zinswende, Budget

DOI

10.59288/wug511.295

Österreich droht 2025 laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) das dritte Rezessionsjahr in Folge. Hinzu kommt eine angespannte Budgetsituation mit einem Defizit jenseits der EU-Richtwerte. Die heikle Finanzlage ist ein Erbe der vergangenen Regierungen, die ab 2018 Steuern und Abgaben weitgehend ohne Gegenfinanzierung

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt. Wir danken Florentin Döller, Vanessa Mühlböck, Sebastian Reiss und Max Wehsely für wertvolle Anmerkungen.

senkten sowie auf Pandemie und Teuerungskrise mit kostspieligen, wenig zielgerichteten Förderungen reagierten. Die schwache Wirtschaftsprognose lässt keine Budgeterholung durch die automatischen Stabilisatoren der Fiskalpolitik erwarten, und umgekehrt hemmen die engen budgetären Spielräume dringend erforderliche Impulse zur Konjunkturbelebung (Marterbauer/Prenner 2024). Die Grundvoraussetzung für einen Defizitabbau wäre ein neuer Aufschwung, der Beschäftigung und damit höhere Einnahmen aus Steuern und Abgaben schafft. Während die Höhe des Konsolidierungsbedarfs umstritten ist und auch vom strategischen Geschick der politisch Verantwortlichen gegenüber den EU-Behörden abhängt, besteht ein breiter Konsens, die öffentlichen Haushalte nachhaltig und langfristig stabil zu gestalten.

Vor dieser äußerst schwierigen Aufgabe steht nun der neue Finanzminister Markus Marterbauer, der zuvor 14 Jahre lang die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer geleitet hat.¹ Marterbauer ist erfahrener Budgetexperte, war Vizepräsident des Fiskalrates und kennt somit die aktuellen Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte wie kaum ein anderer. Wiederholt hat er sich in der Vergangenheit für eine Budgetsanierung mit Augenmaß und unter besonderer Berücksichtigung verteilungs- und beschäftigungspolitischer Implikationen ausgesprochen. Der neue Finanzminister ist sich der negativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen einer restriktiven Budgetpolitik (Feigl/Premrov 2024) bewusst und plant laut ersten Äußerungen eine ausgewogene Mischung aus Ausgabenreduktion und Steuererhöhungen.

In der wirtschaftspolitischen Debatte werden wiederkehrend einige potenzielle Quellen für Mehreinnahmen genannt, die – gemessen an ihrer Wirtschaftskraft – bislang keine oder nur geringe Steuerbeiträge einbrachten. Zu diesen zählen unter anderem hohe Erbschaften, große Vermögen, Stiftungen, aber auch Branchen mit exorbitanten Zufallsgewinnen („windfall profits“), also Gewinnen, die durch unerwartete Änderungen der Marktlage anstatt durch Leistungsverbesserungen entstehen, wie zuletzt etwa bei Energiekonzernen und im Bankensektor. Letzterer steht aktuell besonders im Fokus, da er unbeeindruckt vom Konjunkturabschwung jährlich neue Rekordgewinne verzeichnet, die noch dazu zulasten von Kund:innen und Notenbanken lukriert werden. Die neue Regierung – und allen voran Finanzminister Marterbauer – möchte deshalb die bestehende Bankenabgabe in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Dies ist ein Gebot der Stunde, denn die österreichischen Banken haben zuletzt im europäischen Vergleich besonders hohe Profite erzielt.

1 Unserem hochgeschätzten langjährigen Abteilungsleiter, der auch der Redaktion von „Wirtschaft und Gesellschaft“ vorstand und kurz vor Redaktionsschluss zum Finanzminister ernannt wurde, widmen wir in einem der kommenden Hefte natürlich noch eine ausführlichere Würdigung.

EZB-Zinswende ermöglicht Arbitragegeschäft

Nach mehreren Jahren der Nullzinspolitik erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) im Juli 2022 erstmals seit 2011 den Leitzinssatz. Hintergrund für die Zinsanhebung waren die steigenden Teuerungsraten ab 2021 und das Bestreben der EZB, ihr selbst gestecktes Inflationsziel mit ihrem geldpolitischen Instrumentarium zu erreichen. So wurde der medial oft als Leitzins bezeichnete Hauptrefinanzierungssatz, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Zentralbank für eine bestimmte Laufzeit Liquidität besorgen können, bis September 2023 in beispiellos raschen Schritten von 0 % auf 4,5 % erhöht. Während eine restriktive Zinspolitik in Zeiten nachfragegetriebener Inflation als wirksamer Hebel gilt, entpuppte sie sich angesichts der vorrangig durch galoppierende Energiepreise verursachten Teuerung (WUG-Redaktion 2022) und einer Gewinninflation (Dullien et al. 2023) als wenig erfolgreich: Trotz steigender Zinsen kletterte die Inflationsrate in der Eurozone noch monatelang ihrem Höchststand entgegen. Mehr noch, die restriktive Geldpolitik entfaltete durch eine Verteuerung kreditfinanzierter Investitionen und Konsum eine konjunkturdämpfende Wirkung und verschärfte damit die Rezession spürbar (Scheiblecker 2024).

Neben dem Hauptrefinanzierungssatz legt der EZB-Rat allerdings noch zwei weitere Leitzinssätze fest, von denen vor allem der erhöhte Einlagezinssatz für die Entwicklungen im europäischen Bankensektor ausschlaggebend werden sollte. Die Einlagefazilität ermöglicht es Banken, überschüssige Liquidität kurzfristig bei der EZB risikolos zu einem festgelegten Zinssatz anzulegen. Dieser Satz erreichte im September 2023 einen Höchstwert von 4 %. Da die Geschäftsbanken die Einlagezinsen für ihre Sparer:innen aber deutlich weniger stark anhoben, haben sie von einem lukrativen Arbitragegeschäft profitiert (Adalid et al. 2024): Niedrig verzinsten Einlagen von Kund:innen konnten risikolos zu einem höheren Zinssatz bei der EZB veranlagt werden und bescherten dem Bankensektor ein Milliardengeschäft. Diese Arbitragegeschäfte gingen auch zulasten der Notenbanken und in weiterer Folge zulasten der öffentlichen Haushalte, da die Notenbanken aufgrund der hohen Zinszahlungen Verluste schrieben und somit keine Dividenden in die nationalen Budgets flossen – so verzeichnete etwa die OeNB im Jahr 2023 ein Minus von rund 2,1 Milliarden Euro.

Banken profitieren europaweit

In den vergangenen Jahren verzeichnete der europäische Bankensektor eine bemerkenswerte Gewinnentwicklung: Im Jahr 2023 erreichten die zehn größten europäischen Banken einen kumulativen Nettogewinn von fast 100 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 29 % gegenüber dem Vorjahr entsprach und den höchsten Wert der letzten Dekade darstellte (EY 2024). Die durchschnittliche Eigenkapitalrendite

(Return on Equity, ROE) dieser Institute stieg auf 10,9 % und lag damit erstmals auf Augenhöhe mit dem US-Bankensektor. Ein wesentlicher Treiber dieses Wachstums waren die gestiegenen Zinserträge, die 2023 um beeindruckende 82 % zunahmen. Gleichzeitig gibt es große Unterschiede in der Profitabilität europäischer Banken. Der Bankensektor in den beiden größten europäischen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich entwickelte sich unterdurchschnittlich, während jener von Österreich die höchste Profitabilität aller westeuropäischen Staaten aufwies (Maneely/Ratnovski 2024).

An den exorbitanten Gewinnen, die zu einem großen Teil auf Arbitragegeschäften mit Kund:inneneinlagen beruhten, ließen die europäischen Banken ihre Aktionär:innen teilhaben (AK Wien 2024). Laut Berechnungen der Schweizer UBS wurden für 2024 Dividenden in Höhe von 74,4 Milliarden Euro ausgeschüttet (Financial Times 2025). Die durchschnittliche Dividendenrendite der 50 größten Banken lag bei beachtlichen 7,3 %. Da sich nach ersten Daten für 2024 ein nicht minder erfolgreiches Geschäftsjahr für den europäischen Bankensektor abzeichnet, ist von einer Fortführung der großzügigen Dividendenpolitik auszugehen. Die Zinswende der EZB hat somit eine Umverteilung von Sparer:innen zu Aktionär:innen ausgelöst. Angesichts der hohen Windfall-Profiten des Bankensektors haben zahlreiche europäische Staaten eine Bankenabgabe eingeführt (siehe Abschnitt weiter unten).

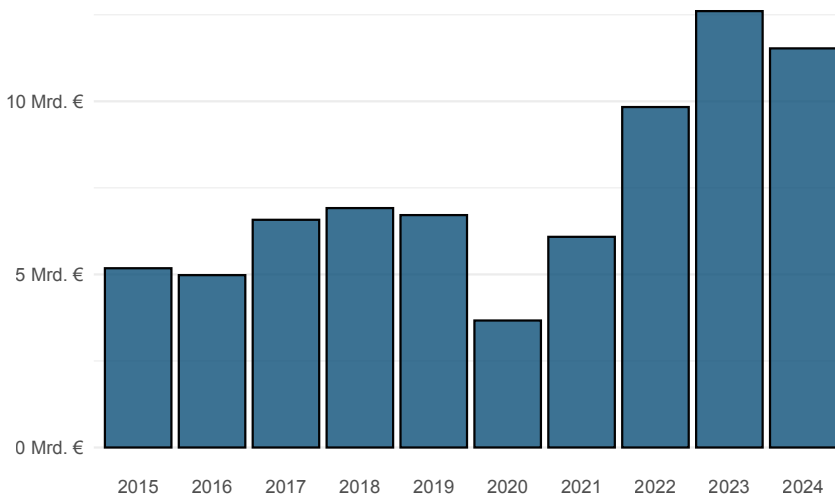
Österreichs Banken erzielen seit Jahren Rekordgewinne

Der österreichische Bankensektor hat im europäischen Vergleich besonders hohe Profite erzielt. Laut EZB-Daten liegt die Eigenkapitalrendite (ROE) in Österreich im 3. Quartal 2024 mit rund 13,3 % deutlich über dem Schnitt der EU-Länder mit einheitlicher Bankenaufsicht von 10,2 %. Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen kletterte in den letzten Jahren von einem Hoch zum nächsten. Schon 2022 meldeten die Banken einen historischen Rekordgewinn von 9,8 Milliarden Euro, der 2023 mit einem Überschuss von 12,6 Milliarden Euro und 2024 mit 11,5 Milliarden Euro noch übertroffen wurde. In den Jahren davor lag das Periodenergebnis immer unter 7 Milliarden Euro. Abbildung 1 zeigt das konsolidierte Nettoergebnis des österreichischen Bankensektors. Zwar lag das aggregierte Periodenergebnis 2024 um 1,1 Milliarden Euro (bzw. 8,5 %) unter dem Vorjahreswert, allerdings sind die Profite immer noch deutlich über den Werten vor der EZB-Zinswende im Jahr 2022.

Diese exorbitanten Profite wurden unter anderem durch das oben beschriebene Geschäftsmodell der risikolosen Ausnutzung der Zinsdifferenz erzielt. Abbildung 2 zeigt die drastische Schere zwischen der EZB-Einlagefazilität und den Sparzinsen

für Österreich. Seit der Zinswende 2022 hat sich die Inanspruchnahme der EZB-Einlagefazilität durch österreichische Kreditinstitute um das 38fache erhöht. Diese intensive Nutzung führte dazu, dass 2023 in Summe rund 7 Milliarden Euro an Zinszahlungen der EZB an österreichische Banken flossen. Im gleichen Zeitraum und für dasselbe Volumen zahlten die Banken nur etwa 1,6 Milliarden Euro an Zinsen an Kund:innen. Dadurch konnten die Banken zwischen Juli 2022 und Dezember 2024 rund 5,4 Milliarden Euro risikolos über die Einlagefazilität lukrieren, davon allein 2023 etwa 2,7 Milliarden Euro (Prenner/Zotter 2023).

Abbildung 1: Österreichs Banken verzeichnen seit 2022 deutlich höhere Gewinne

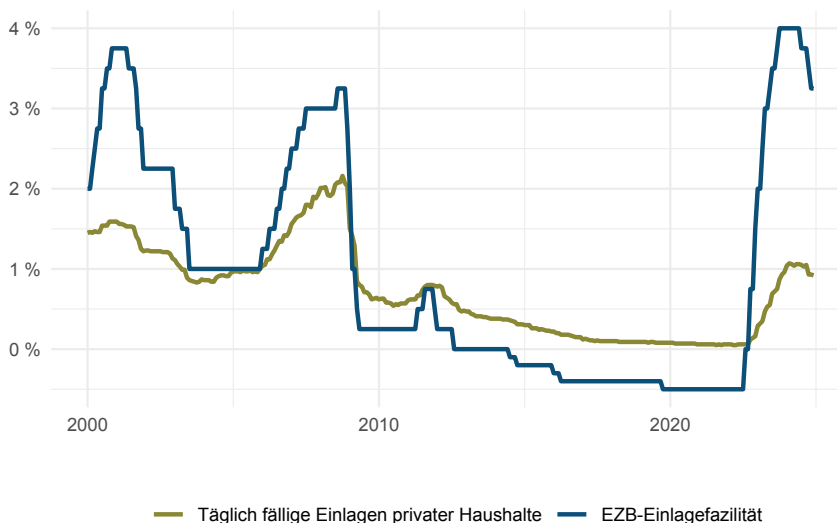


Anm.: kumuliertes Periodenergebnis österreichischer Banken nach Steuern und Minderheitenanteilen in Milliarden Euro.

Quelle: OeNB.

Neben dem Geschäft mit den Einlagen der Kund:innen spielt auch der hohe Anteil an variabel verzinsten Krediten in Österreich (Zotter 2023) eine Rolle für die hohen Gewinne der Banken. Laut Oesterreichischer Nationalbank (OeNB) waren zuletzt – trotz stark rückläufiger Entwicklung – noch rund 47 % der Kredite privater Haushalte variabel verzinst, im Schnitt der Eurozone sind es 23 %, in Deutschland gar nur 10 % (Pöchel 2024). Dass die Zinsen im Kreditgeschäft deutlich schneller an die steigenden Leitzinsen angepasst wurden als die Sparzinsen, hat den österreichischen Banken eine deutliche Steigerung der Nettozinserträge eingebracht. In der Niedrigzinsphase zwischen 2015 und 2021 bewegte sich der unkonsolidierte Nettozinsertrag für den Bankensektor immer zwischen 8 und 9 Milliarden Euro jährlich, 2022 lag er bei 10,6 Milliarden Euro, 2023 gar bei 16,1 Milliarden Euro (Reiss 2025).

Abbildung 2: Schere zwischen EZB-Einlagefazilität und Sparzinsen in Österreich öffnet sich seit 2023



Quelle: EZB; OeNB.

Zusätzlich dürften Kosteneinsparungen bei den Kreditinstituten ihre längerfristige Wirkung entfalten, denn das Filialnetz wurde in den letzten 15 Jahren kräftig ausgedünnt, und Bankdienstleistungen wurden durch Selbstbedienung und Internetbanking ersetzt. OeNB-Daten zufolge gibt es österreichweit heute fast 1.000 Bankfilialen weniger als 2010. Außerdem konnte der Bankensektor die Risikokosten sogar während der COVID-19-Pandemie noch deutlich reduzieren, als die öffentliche Hand mit breit ausgerollten Stützungsmaßnahmen die Unternehmen stabilisierte und eine große Insolvenzwelle mit gravierenden Folgen für die Geschäftsbanken vermied. Die Cost-Income-Ratio, die im 3. Quartal 2015 noch etwa 62 % betrug, lag im 3. Quartal 2024 bei nur noch rund 49 % und damit auch deutlich unter dem Schnitt der EU-Staaten mit einheitlicher Bankenaufsicht von gut 54 %.

Bankenabgabe als angemessene Intervention

Angesichts der Rekordergebnisse des heimischen Bankensektors ist der Ruf nach einer Bankenabgabe in der wirtschaftspolitischen Debatte zuletzt lauter geworden und wurde von der neuen Regierung schlussendlich auch umgesetzt. Die Idee einer Besteuerung einzelner Wirtschaftssektoren mit Zufallsgewinnen ist nicht neu und wurde in der Vergangenheit in mehreren Ländern angewendet, etwa für Öl und Gas fördernde Unternehmen oder Lebensmittelexporteure (Hebous et al. 2022). Auch in Österreich gibt es Beispiele für branchenspezifische Gewinnsteuern: Infolge der

Finanz- und Wirtschaftskrise wurde 2011 eine Bankenabgabe als Kompensation für die Bankenrettung eingeführt, und in der rezenten Teuerungskrise hat Österreich – einer EU-Verordnung folgend – eine Übergewinnsteuer auf Energie erzeugende Unternehmen, den sogenannten Energiekrisenbeitrag, implementiert.

In der Literatur werden die ökonomischen Effekte einer Bankenabgabe insgesamt sehr unterschiedlich bewertet. Einerseits besteht die Möglichkeit, dass die Abgabe auf die Kund:innen überwältigt wird und sich somit auf Zinssätze oder Serviceentgelte auswirkt. Analysen zur deutschen Bankenabgabe, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise eingeführt wurde, zeigen, dass betroffene Banken die gestiegenen Kosten durch eine Anpassung ihrer Kreditzinsen kompensierten und dadurch die Kreditvergabe einschränkten. Gleichzeitig stiegen jedoch auch die Einlagezinssätze (Buch et al. 2016; Kogler 2019). Auf der anderen Seite konnte eine Untersuchung der zur gleichen Zeit eingeführten Stabilitätsabgabe für Banken in Österreich keine signifikanten Wettbewerbsnachteile oder erheblichen Kostenüberwälzungen feststellen (Fortin et al. 2012). Auch bezüglich der Frage, ob eine Steuer auf Banken das Risikoverhalten bei der Kreditvergabe beeinflusst, bleibt die Literatur uneindeutig. Eine Untersuchung, die sich mit jenen Bankensteuern befasst, die wie die österreichische Abgabe auf die Bilanzsumme abzielen, kommt zu dem Schluss, dass die Risikobereitschaft der Banken abnimmt (Bellucci et al. 2023). Im Gegensatz dazu findet eine Studie für Polen Hinweise darauf, dass solche Steuern zu einer Zunahme der eingegangenen Risiken bei der Kreditvergabe führen können (Borsuk et al. 2023).

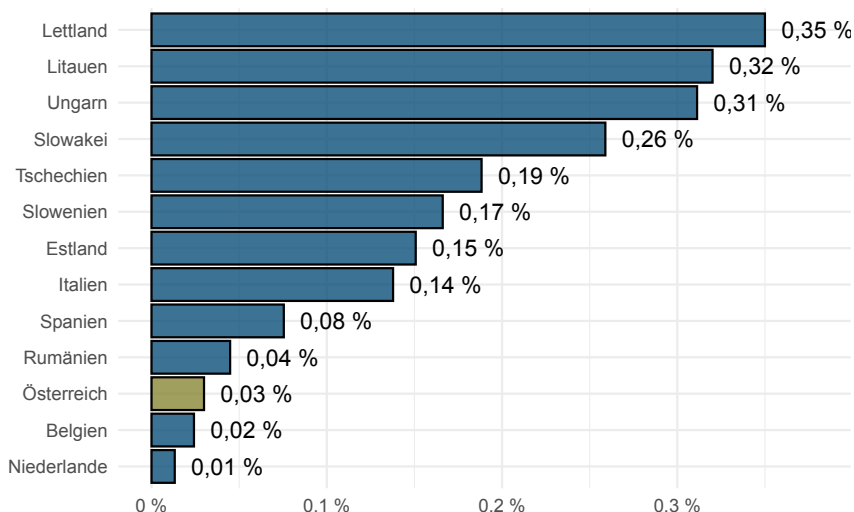
Diese gemischten Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Auswirkungen einer Bankenabgabe stark von der spezifischen Ausgestaltung und dem jeweiligen Umfeld abhängen. Auf Basis der Ergebnisse von Fortin et al. (2012), die sich auf den österreichischen Kontext beziehen, kann davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung der seit 2011 bestehenden Stabilitätsabgabe keine nennenswerten negativen Effekte auf Kreditvergaben und damit auf Konjunktur und Beschäftigung haben dürfte. Da das vorrangige Ziel der Bankenabgabe darin besteht, höhere Staatseinnahmen zu generieren, muss darauf geachtet werden, dass die Parameter der Steuer, also Steuersatz, Bemessungsgrundlage und Schwellenwerte für die Steuerbefreiung, sinnvoll gesetzt werden. Nachträgliche Anpassungen wie aktuell beim Energiekrisenbeitrag sollen damit verhindert werden, und es soll so eine bessere Planungssicherheit erreicht werden.

Bankenabgaben in der EU und in Österreich

Seit 2023 haben 12 von 27 EU-Staaten neue Übergewinnsteuern für Banken eingeführt oder bestehende Steuern erhöht. Diese Bankenabgaben unterscheiden sich hinsichtlich der Bemessungsgrundlage, des Steuersatzes und der Laufzeit. Abbildung 3 zeigt das Aufkommen der neuen Bankenabgaben gemessen am BIP für das

Jahr 2024. Das höchste Steueraufkommen wird in Lettland generiert, wo die auf ein Jahr befristete Abgabe 0,35 % des BIP betragen soll. In Litauen und Ungarn, wo die Sondersteuer ebenfalls auf wenige Jahre befristet ist, fällt das Aufkommen ähnlich hoch aus. In Rumänien, Belgien und den Niederlanden soll die Bankenabgabe dauerhaft bestehen bleiben, wobei die Steuerlast verhältnismäßig gering ausfällt und zwischen 0,01 % und 0,04 % des BIP beträgt. Im Vergleich zu den EU-Ländern, die in den vergangenen Jahren eine Bankenabgabe eingeführt haben, liegt Österreich mit seiner bestehenden Stabilitätsabgabe mit 0,03 % des BIP im unteren Drittel.

Abbildung 3: Steueraufkommen der (neuen) Bankenabgaben gemessen am BIP im EU-Vergleich, 2024



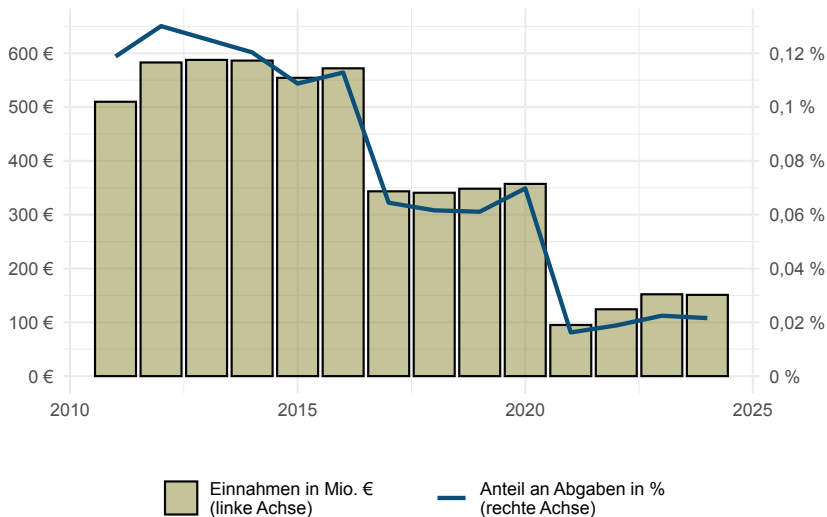
Quelle: Maneely/Ratnovski (2024); Statistik Austria; AMECO; eigene Berechnung.

Unter jenen Ländern, in denen die Profitabilität der Banken am stärksten gestiegen ist, haben besonders viele eine solche Sondersteuer für den Bankensektor eingeführt (Maneely/Ratnovski 2024). Österreich hat trotz der beschriebenen Rekordgewinne in den letzten Jahren von einer Erhöhung der Stabilitätsabgabe auf Banken abgesehen. Die Einnahmen aus dieser Stabilitätsabgabe haben in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen, wie Abbildung 4 zeigt: Betragen sie in den ersten Jahren nach der Einführung noch mehr als 500 Millionen Euro, sind es im Jahr 2024 laut vorläufigem Abgabenerfolg des Finanzministeriums nur noch 150 Millionen Euro. Im Jahr 2017 wurde die Stabilitätsabgabe im Gegenzug für eine Einmalzahlung der Banken von 1 Milliarde Euro angepasst und der Steuersatz auf etwa ein Viertel gesenkt. Das zweite Absinken der Einnahmen ab 2021 ist dem Auslaufen eben dieser befristeten Sonderabgabe geschuldet. Die Bedeutung der Stabilitätsabgabe gemessen an den Gesamtabgaben war immer gering, ist durch die Anpassungen im Zeitverlauf aber

weiter gesunken: Machte die Bankenabgabe bei ihrer Einführung 2011 noch 0,12 % aller Abgaben aus, waren es 2024 nur noch 0,02 %.

Arbeiterkammer und Gewerkschaft haben deshalb einen Vorschlag erarbeitet, wie die Anhebung der Bankenabgabe in Österreich ausgestaltet werden könnte. Zunächst sollten die Steuersätze für eine Bemessungsgrundlage bis zu 20 Milliarden Euro von aktuell 0,024 % auf 0,05 % und auf Beträge über 20 Milliarden von 0,029 % auf 0,1 % angehoben werden. Zudem wurde ein auf fünf Jahre befristeter Sonderbeitrag gefordert, der das Aufkommen der erhöhten Bankenabgabe noch einmal verdoppeln sollte. Damit könnte im Finanzrahmen 2025–2029 ein jährliches Aufkommen von etwa einer Milliarde Euro erzielt werden (AK Wien 2025). Die neue Bundesregierung hat die Stabilitätsabgabe im März 2025 angehoben, allerdings in geringerem Umfang, als von den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen gefordert wurde. Die Steuersätze werden dauerhaft von 0,024 % auf 0,033 % und von 0,029 % auf 0,041 % angehoben. Zudem wurde die Deckelung erhöht. Die Abgabe darf nunmehr maximal 35 % statt nur 20 % des Jahresüberschusses und 65 % statt bisher 50 % des arithmetischen Mittels der vergangenen drei Jahresergebnisse betragen. Zudem wurde eine auf die Jahre 2025 und 2026 beschränkte Sonderzahlung eingeführt. Diese ist zusätzlich zur regulären Bankenabgabe zu entrichten. Die Steuersätze beziehen sich auf dieselbe Bemessungsgrundlage und betragen 0,050 % bzw. 0,061 % (Nationalrat 2025). Inklusiv Sonderzahlung soll die neue Abgabe in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 500 Millionen Euro und in den Folgejahren etwa 200 Millionen Euro pro Jahr einbringen.

Abbildung 4: Einnahmen der Stabilitätsabgabe der Banken im Zeitverlauf gesunken



Quelle: Statistik Austria; BMF.

Die österreichische Bankenabgabe zieht primär die durchschnittliche konsolidierte Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage heran. Sie ähnelt in ihrer Ausgestaltung damit den neuen Abgaben in Belgien und den Niederlanden, wo die Passiva der Banken besteuert werden, sowie in Slowenien, wo die Aktiva besteuert werden. Die restlichen Staaten besteuern die Nettozinserträge bzw. die Gewinne. Die Bilanzsumme als Bemessungsgrundlage birgt den Vorteil, dass dadurch konstante Steuereinnahmen erzielt werden und eine bessere budgetäre Planbarkeit durch das Finanzministerium ermöglicht wird. Darüber hinaus kann sie in der mittleren Frist anders als eine Steuer auf Gewinne nicht so leicht umgangen werden (Maneely/Ratnovski 2024).

Fazit: Die Bankenabgabe ist ein wichtiger Bestandteil des Konsolidierungspakets

Der Bankensektor wurde in Krisen der Vergangenheit wiederholt durch Geldpolitik und Rettungspakete gestützt und hat zuletzt auch von den Stabilisierungsmaßnahmen in der Coronakrise profitiert, da die (Ausfalls-)Risiken durch die öffentliche Hand gering gehalten wurden. Im Zuge der historisch stärksten Straffung der Geldpolitik haben die Kreditinstitute in den letzten Jahren durch Zinsarbitrage „Windfall-Profit“ lukriert, die durch unterschiedliche Anpassungen der Zinssätze auf der Soll- und Habenseite zulasten von Zentralbanken und Kund:innen gingen. Indem die Banken das aktuelle Zinsumfeld zu ihrem Vorteil genutzt haben, haben sie massive Übergewinne erzielt, ohne dass ihre Dienstleistungen an Qualität gewonnen haben oder ein besonderes unternehmerisches Risiko eingegangen werden musste. Daher ist eine Anhebung der Bankenabgabe als Beitrag für die aufgrund europäischer Richtlinien notwendige Budgetkonsolidierung gut begründet.

LITERATUR

Adalid, Ramón/Lampe, Max/Scopel, Silvia (2024). Monetary dynamics during the tightening cycle. ECB Economic Bulletin 8.

AK Wien (2024). Branchenreport Kreditsektor 2024. Online verfügbar unter https://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/WirtschaftundPolitik/branchenanalysen/Banken_2024.pdf (abgerufen am 22.03.2025).

AK Wien (2025). Das bringt eine Bankenabgabe. Online verfügbar unter <https://wien.arbeiterkammer.at/bankenabgabe> (abgerufen am 22.03.2025).

Bellucci, Andrea/Fatica, Serena/Heynderickx, Wouter/Kvedaras, Virmantas/Pagano, Andrea (2023). Liability taxes, risk, and the cost of banking crises. *Journal of Corporate Finance* 79, 102387. <https://doi.org/10.1016/j.jcorpfin.2023.102387>.

Borsuk, Marcin/Kowalewski, Oskar/Qi, Jianping (2023). The dark side of bank taxes. *Journal of Banking & Finance* 157, 107041. <https://doi.org/10.1016/j.jbankfin.2023.107041>.

Buch, Claudia M./Hilberg, Björn/Tonzer, Lena (2016). Taxing banks: An evaluation of the German bank levy. *Journal of Banking & Finance* 72, 52–66. <https://doi.org/10.1016/j.jbankfin.2016.07.010>.

Dullien, Sebastian/Herzog-Stein, Alexander/Stein, Ulrike (2023). Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana? – Die Rolle der Gewinnentwicklung für die aktuelle deutsche Inflation. *IMK Report* Nr. 185. Online verfügbar unter https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008702 (abgerufen am 22.03.2025).

EY (2024). Gewinn europäischer Großbanken steigt auf 10-Jahres-Hoch von knapp 100 Mrd. Euro. Online verfügbar unter https://www.ey.com/de_at/newsroom/2024/04/ey-analyse-performance-top-banken-2023 (abgerufen am 22.03.2025).

Feigl, Georg/Premrov, Tamara (2024). Negative Folgen ausgabenseitiger Konsolidierung. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Negative-Folgen-ausgabenseitiger-Konsolidierung-Ende-2024.pdf> (abgerufen am 22.03.2025).

Financial Times (2025). European banks to reward investors with bumper €123bn in payouts. Online verfügbar unter <https://www.ft.com/content/cfe4c113-03b5-4cd5-b61f-1c5d7e98e281> (abgerufen am 22.03.2025).

Fortin, Ines/Hlouskova, Jaroslava/Keuschnigg, Christian/Schuster, Philip/Weyerstraß, Klaus (2012). Analyse der Stabilitätsabgabe. Vorläufiger Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Wien, Institut für Höhere Studien (IHS). Online verfügbar unter <https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:8f328572-e62e-488f-afd9-614274c4471a/Stabilitaetsabgabe.180920122884.pdf> (abgerufen am 22.03.2025).

Hebous, Shafik/Prihardini, Dinar/Vernon, Nate (2022). Excess Profit Taxes: Historical Perspective and Contemporary Relevance. *IMF Working Papers* Washington, D.C., International Monetary Fund. ISBN 9798400221729. <https://doi.org/10.5089/9798400221729.001>.

Kogler, Michael (2019). On the incidence of bank levies: theory and evidence. *International Tax and Public Finance* 26 (4), 677–718. <https://doi.org/10.1007/s10797-018-9526-z>.

Maneely, Morgan/Ratnovski, Lev (2024). Bank Profits and Bank Taxes in the EU. *IMF Working Paper* 143. <http://doi.org/10.5089/9798400281198.001>.

Marterbauer, Markus/Prenner, Christoph (2024). Wege aus der Rezession. *Wirtschaft und Gesellschaft* 50 (3), 5–18. <https://doi.org/10.59288/wug503.270>.

Nationalrat (2025). Beschluss des Nationalrates. 34 der Beilagen XXVIII. GP. Online verfügbar unter https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/BNR/14/fname_1671984.pdf (abgerufen am 22.03.2025).

Pöchel, Thomas (2024). Anteil variabel verzinsten Kredite im aushaftenden Bestand stark rückläufig. OeNB. Online verfügbar unter https://www.oenb.at/dam/jcr:e560da56-7cf4-4c4c-94c5-b4baace30ddb/03_statistiken-h2-2024_anteil-variabel-verzinsten.pdf (abgerufen am 22.03.2025).

Prenner, Christoph/Zotter, Thomas (2023). Wie kommen Österreichs Banken zu ihren Rekordgewinnen? *A&W-Blog* v. 23.10.2023. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Verteilung/wie-kommen-oesterreichs-banken-zu-ihren-rekordgewinnen> (abgerufen am 22.03.2025).

Reiss, Sebastian (2025). Analyse: Die österreichischen Banken auf der Gewinnwelle. *A&W-Blog* v. 12.03.2025. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichische-Banken-Gewinnwelle> (abgerufen am 22.03.2025).

Scheiblecker, Marcus (2024). Hohe Zinsen belasten die Konjunktur. *WIFO Monatsberichte* 3. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-4593/mb_2024_03_01_konjunkturbericht_.pdf (abgerufen am 22.03.2025).

WUG-Redaktion (2022). Inflation steigt, Konjunktur fällt. *Wirtschaft und Gesellschaft* 48 (2), 163–178. <https://doi.org/10.59288/wug482.147>.

Zotter, Thomas (2023). Zinswende und Finanzmarktstabilität. *A&W-Blog* v. 03.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.awblog.at/Verteilung/zinswende-und-finanzmarktstabilitaet> (abgerufen am 22.03.2025).